

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Sahra Wagenknecht: Regierung verweigert Informationen zu Pipeline-Anschlägen](#)
2. [Deutschland bremst EU-Gaspreisdeckel aus](#)
3. [Die ungeliebten Stimmen gegen den Krieg in der Ukraine](#)
4. [Zu Baerbocks Waffenexporten zum Wohle deutscher Kinder: Sozialimperialismus](#)
5. [„Jetzt erleben sie, was wir seit acht Jahren erleben.“](#)
6. [Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten](#)
7. [Streikende in Frankreich: Kein Vertrauen in Emmanuel Macron](#)
8. [In der Strombäckerei - wie die Merit-Order entsteht](#)
9. [Die Linken und Die Linke](#)
10. [Stiftung Warentest: Diese FFP2-Masken sind empfehlenswert](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Sahra Wagenknecht: Regierung verweigert Informationen zu Pipeline-Anschlägen**

Die Bundestagsabgeordnete hatte bei den zuständigen Ministerien nach Erkenntnissen vor und nach den Explosionen gefragt - vergeblich.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

dazu: **Das stinkt zum Himmel**

Anschläge auf Nord Stream 1 und 2: Bundesregierung verweigert Parlamentariern und Öffentlichkeit jegliche Auskunft - »aus Gründen des Staatswohls«. [...]

Dass die Bundesregierung mauert, ist bemerkenswert - nicht nur, weil in der vergangenen Woche Bundespolizisten in Kooperation mit der Marine zu den Tatorten gefahren waren und dort etwa mit einer »Sea Cat«-Unterwasserdrohne Aufnahmen gemacht hatten. Anschließend hieß es, die Fotos zeigten, dass ein Pipelinestrang auf rund acht Metern Länge beschädigt worden sei. Von einer Sprengkraft von gut einer halben Tonne TNT war die Rede. Eigentlich wäre auch damit zu rechnen, dass etwaige Indizien gegen Russland, wenn es sie gibt, mit demonstrativem Stolz bekanntgegeben oder doch wenigstens an einschlägige Medienkanäle durchgestochen würden. Statt dessen teilt die Bundesregierung mit, »die erbetenen Informationen« berührten »derart schutzbedürftige Geheimhaltungsinteressen«, dass »das Staatswohl« sogar »gegenüber dem parlamentarischen Informationsrecht überwiegt«. Wie Zaklin Nastic (Die Linke), Obfrau im Verteidigungsausschuss, am Montag gegenüber jW sagte, sei der Verweis auf die »Third Party Rule«, weil Schweden angeblich keine Erkenntnisse teile, »ein abwegiges Manöver, um die Rechte des Parlaments zu untergraben«. Sie gehe davon aus, »dass die Bundesregierung eigene Erkenntnisse hat, weil möglicherweise während der Anschläge ein Flottendienstboot der Bundeswehr mit Aufklärungskapazitäten in der Nähe war« und zudem am Anschlagort ermittelt wurde. Interessant sei der eigentliche Ablauf, »zwischen den Explosionen liegen immerhin 17 Stunden«. (...) Der geheimdienstliche Druck, der ganz offensichtlich auf den Regierungen in Stockholm, Berlin und Kopenhagen lastet, wirft Fragen auf - nicht nur die, wieso nicht einmal verpixelte Tatortfotos oder Angaben zu Sprengstoffspuren öffentlichgemacht werden. Zwar können Unterwasserdrohnen, mit denen der Sprengstoff möglicherweise an den Pipelines angebracht wurde, laut Aussage von Experten auch von unauffälligen zivilen Schiffen abgesetzt werden. Dennoch ist angesichts des Mauerns womöglich von Interesse, dass die NATO ihr diesjähriges »Baltops«-Manöver im Juni vor Bornholm abhielt - und dass die U. S. Navy unter anderem ihre modernsten Unterwasserdrohnen vorführte. Noch kurz vor den Anschlägen hatten sich US-Kriegsschiffe in der Ostsee aufgehalten, östlich von Bornholm.

Quelle: [junge Welt](#)

und: **Das Schweigen der Zwerge**

Um es kurz zu machen: Die Bundesregierung hat sich in eine Ecke manövriert, aus der sie nicht mehr rauskommt. Sie kann Parlament und Öffentlichkeit aus Gründen des „Staatswohls“ gar nichts mehr beweisen, auch nicht, dass die amerikanischen Verdächtigungen gegen Russland stimmen. [...]

Viel Zeit bleibt nicht. Denn wir sind derzeit auch Zeugen einer „Zeitenwende“ im türkisch-russischen Verhältnis, das über Jahrhunderte eher feindselig war. Die Türkei hat erfolgreich die Getreide- und Düngemittelimporte aus der Ukraine und aus Russland mitverhandelt. Sie hat sich den westlichen Sanktionen nicht angeschlossen. TurkStream existiert und ist nicht kaputt.

Jetzt wird offen über den Ausbau dieser Verbindung nachgedacht. In einer Liefermenge, die der von Nord Stream 2 entspräche.

Für die Türkei wäre das ein gutes Geschäft. Wirtschaftlich und energiepolitisch. Sie könnte sich zu der energiepolitischen Drehscheibe entwickeln, die Deutschland einst vorschwebte. Und Europa zerfiele in zwei konkurrierende Gebiete: Das mit dem teuren LNG-Gas (über das sich Frankreich beschwert), und das mit dem preisgünstigeren russischen Input. Denn das Gas noch als „Brücke“ in die Null-Emissionswelt gebraucht wird, bestreitet ja nun niemand.

Es ist zudem völlig unwahrscheinlich, dass der Türkei derzeit irgendjemand ernsthaft an den Karren fahren, oder sie gar unter das westliche Sanktionskuratel stellen wird. Sie ist ein wichtiger NATO-Partner, schon aufgrund ihrer geostrategischen Lage. Sie wird zur Zustimmung zur NATO-Erweiterung gebraucht. (Deutschland auch, aber Deutschland scheint das nicht zu wissen.)

Außerdem hält die Türkei aufgrund der Verabredungen mit der EU (Aktionsplan) Millionen von Flüchtlingen davon ab, in die EU weiterzureisen.

In Bezug auf die Türkei wird „Realpolitik“ betrieben. Man kann das verächtlich machen. Aber so verhalten sich rationale staatliche Akteure nunmehr schon seit Jahrtausenden. Das strategische Kalkül dominiert, und man lässt die Zwerge kreischen.

Quelle: [Petra Erler](#)

2. **Deutschland bremst EU-Gaspreisdeckel aus**

Heißer Herbst in Frankreich: Mehrere Zehntausende demonstrieren „Gegen das teure Leben“ in Paris - trotz Gas- und Strompreisdeckel. In der EU nimmt der Druck zu, eine gesamteuropäische Lösung zu finden. Warum blockiert Deutschland?

Es kann als ein zentraler Unterschied zwischen Frankreich und Deutschland angesehen werden, dass die Menschen im Nachbarland immer wieder kräftig streiken, für ihre Forderungen massiv auf die Straße gehen und der jeweiligen Regierung Zugeständnisse abringen.

Frankreich hat jedenfalls schon seinen heißen Herbst. Derzeit ist es wegen Streiks nun in einigen Bereichen des Landes alles andere als einfach, an Benzin oder Diesel zu kommen. Am Sonntag gingen nach Angaben der Veranstalter in der Hauptstadt Paris 140.000 Menschen auf die Straße, um „gegen das teure Leben und klimapolitische

Untätigkeit“ zu protestieren.

Aufgerufen hatte die “Neue ökologische und soziale Volksunion” (Nupes). Das ist ein Bündnis aus linken Parteien unter dem linken Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon und seiner Partei La France Insoumise (LFI). Angeschlossen hatten sich dem Aufruf auch Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen.

Quelle: [Telepolis](#)

3. **Die ungeliebten Stimmen gegen den Krieg in der Ukraine**

Vielen Linken in Deutschland kommen pazifistische Erklärungen aus der Ukraine ungelegen. Sie suchen anlässlich des Krieges wieder Anschluss an Staat und Nation. Ihr Traum: eine woke, bis an die Zähne bewaffnete Bundeswehr.

Wir Anarchosyndikalisten betrachten uns nicht als Pazifisten, sondern als Antimilitaristen. Wir teilen keine Illusionen des guten Willens oder der Fähigkeit von Staaten oder der UN, Träger von Frieden und Harmonie zu sein. In dieser Stunde des Blutes, des Hasses und der Bedrohung durch einen militärischen Flächenbrand halten wir es jedoch für notwendig, Solidarität mit all jenen auszudrücken, die nicht den Verstand verloren haben und nicht für die Macht und den Profit von Herren und Meistern töten und sterben wollen.

Bei dieser Einleitung handelt es sich nicht um die Worte deutscher Linker, die der Ukraine wieder mal erklären wollen, dass sie sich nicht militärisch verteidigen soll, wie eine weit verbreitete Kritik von Bellizisten bis ins linke Milieu hinein in letzter Zeit unterstellt.

Mit diesen Sätzen wird auf dem Portal A-Infos lediglich erklärt, warum die Verfasser es wichtig fanden, eine Erklärung der kleinen Ukrainischen Pazifistischen Bewegung zu übersetzen, die gerade in Kriegszeiten den Kampf gegen Militarismus und Krieg nicht vergessen hat. Sie fordert, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung auch in der Ukraine zu schützen. (...)

Besonders wenden sich die ukrainischen Kriegsgegner gegen die Rhetorik des totalen Sieges:

Nach der Verurteilung der russischen Aggression gegen die Ukraine forderte die UN-Generalversammlung eine sofortige friedliche Lösung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine und betonte, dass die Konfliktparteien die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht respektieren müssen. Wir teilen diese Position.

Quelle: [Telepolis](#)

4. **Zu Baerbocks Waffenexporten zum Wohle deutscher Kinder: Sozialimperialismus**

Der Grünen-Parteitag in Bonn war mal wieder ein Kriegsparteitag, wenn auch ohne Farbbeutelwürfe. Gefordert wurden nicht nur Panzer für die Ukraine, gerechtfertigt wurden auch Waffenlieferungen für saudische Kampfbomber. Die bizarre

Rechtfertigung von Außenministerin Annalena Baerbock lässt sich etwa so auf den Punkt bringen: Die Kinder im Jemen müssen sterben, damit die Kinder in Deutschland eine soziale Grundsicherung bekommen. Anders lässt sich die Einlassung der Grünen-Ministerin nicht lesen, dass Deutschland nicht aus dem europäischen Gemeinschaftsprojekt aussteigen dürfe, das Kampfjets und Munition an die islamistische Kopf-ab-Diktatur liefert, da sonst die Kosten für die Ausrüstung der Bundeswehr steigen würden. „Ich will nicht, dass wir noch mehr im sozialen Bereich sparen und Lisa dann keine Mittel mehr hat für die Kinder, die sie dringend brauchen“, so Baerbock. Lisa heißt mit Nachnamen Paus, ist auch grün und Familienministerin. Die meisten Delegierten applaudierten diesem Gaunerstück eines ungehemmten Sozialimperialismus. Mit dieser perfiden Rechtfertigung für Waffenlieferungen an Saudi-Arabien, das Krieg gegen die jemenitische Zivilbevölkerung führt - mit 400.000 Toten, darunter tausende Kinder - findet eine Entwicklung bei den Grünen ihren Abschluss. Die Grünen sind Speerspitze eines neuen deutschen Militarismus, der bereitwillig über Leichen geht. Sie müssen das nicht mehr wie früher verschämt leugnen, sondern bauen es ein in den eigenen Machtanspruch mit dem Versprechen, dass sich der Tod der Kinder im Jemen für die Menschen in Deutschland lohnt.

Quelle: [Sevim Dagdelen in unsere zeit](#)

dazu: **Waffenlobby und etablierte Parteien: Offene Vereinsmeierei statt Verschwörung**

Alles ganz normal: Nicht nur die FDP-Politikerin Strack-Zimmermann befindet sich im regen Austausch mit der Rüstungsindustrie (...)

Während LobbyControl Strack Zimmermanns Engagement in diesen Vereinen für “schlecht vereinbar mit ihrer Tätigkeit als Ausschussvorsitzende” hält, betont der CDU-Politiker Henning Otte - selbst Vizepräsident des Förderkreises Deutsches Heer - dass dort alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der Linken und der AfD vertreten seien. Und natürlich hält er dies für unproblematisch. (...)

Laut einem Bericht der Neuen Osnabrücker Zeitung (NOZ) vom Wochenende kritisierte Lobbycontrol-Sprecher Timo Lange, die Rüstungsindustrie verfüge so über “sehr enge und privilegierte Zugänge ins Parlament”. Beide Vereine seien “von der Rüstungsindustrie stark beeinflusste Organisationen, wo wir es kritisch sehen, wenn Abgeordnete des Bundestages dort leitende Funktionen übernehmen - auch wenn es ehrenamtlich geschieht”. (...)

Strack-Zimmermann selbst war treibende Kraft, als es um die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine ging. Mitte April stellte sogar die kühne Behauptung auf, Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sei genau dafür gewählt worden und müsse das jetzt

umsetzen. Dabei war Scholz im vergangenen Jahr als “Kanzler für bezahlbare Wohnungen”, “sichere Arbeit und Klimaschutz”, “stabile Renten” und “Respekt für Dich” in den Wahlkampf gezogen.

Seine Ankündigung einer “Zeitenwende” in der Regierungserklärung zum Ukraine-Krieg vom 27. Februar konnte aber durchaus so verstanden werden, dass all das jetzt erst mal keine Priorität mehr hat.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu auch: **Strack-Zimmermann bietet Kanzleramtschef Waffenkunde an**

Ist der Ruf nach “Leopard 2”-Panzen vergleichbar mit der Hoffnung der Nazis auf ihre “Wunderwaffe” V2? So sieht es offenbar Kanzleramtschef Schmidt. FDP-Politikerin Strack-Zimmermann nennt den Nazi-Vergleich “völlig deplatziert” und “schlichtweg falsch”. Auch von CDU-Chef Merz kommt Kritik. (...)

Kritik an dem Nazi-Vergleich kam auch von der Opposition. “Was geht eigentlich im Kopf dieses Mannes vor, einen solchen Vergleich zu ziehen, der Leopard sei das V2-Syndrom der Deutschen”, sagte CDU-Chef Friedrich Merz beim Landesparteitag der Südwest-CDU in Villingen-Schwenningen. Solche Äußerungen schürten Zweifel in Europa und der ganzen Welt an der Klarheit und Zuverlässigkeit der deutschen Politik. Merz forderte Kanzler Olaf Scholz von der SPD auf, klarzustellen, dass es nicht das Denken der Bundesregierung sei, einen solchen “Unsinn” weiterzugeben.

Quelle: [n-tv](#)

und: **Rüstungsexporte: Trick**

Das Handelsblatt berichtet, wie mit dem kommenden Rüstungsexportgesetz nicht nur offiziell der Weg für Ausfuhren in Krisengebiete freigemacht werden soll. Auch der Export von mit anderen Ländern entwickelten Produkten soll durch einen Trick erleichtert werden: „Den Grundsatz, nicht in Krisengebiete zu liefern, der schon für die Unterstützung der Ukraine fallen gelassen wurde, will die Regierung grundsätzlich beiseiteräumen. [...] Bislam kann die Bundesregierung ein Veto einlegen, auch wenn nur ein kleiner Teil eines solchen Projektes aus deutscher Hand kommt. Künftig könnte das durch eine Mehrheitsentscheidung ersetzt werden. Der Stimmanteil würde sich dabei nach dem Umfang der Projektbeteiligung der jeweiligen Länder richten.“

Quelle: [Informationsstelle Militarisierung e.V.](#)

5. **„Jetzt erleben sie, was wir seit acht Jahren erleben.“**

Der Angriff russischer Lenkwaffen auf ukrainische Kraftwerke in verschiedenen Städten löste in Donezk kein Mitgefühl aus. „Jetzt erleben sie, was wir seit acht Jahren erleben.“ Derartige Kommentare konnte man in Donezker Telegram-Kanälen lesen.

Dass der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, jetzt im deutschen Fernsehen viel Zeit bekommt, um über die Folgen der russischen Angriffe auf ukrainische Städte zu berichten, steht im krassen Gegensatz zu der Tatsache, dass der verstärkte Beschuss der ukrainischen Truppen auf die „Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ (DVR und LVR) kein Thema in den großen deutschen Medien ist.

In der Innenstadt von Donezk hört man faktisch 24 Stunden am Tag Artilleriefeuer. Mal gibt es ein paar Stunden Pause. Mal klingt es bedrohlich nah, mal fern, mal wie scharfes, mal wie ein hohles Knallen, mal wie ein unheimliches Prasseln. Mal in schneller Folge, mal in Abständen. Die Einwohner können Angriffs- und Abwehrfeuer unterscheiden. Ich noch nicht.

Die Menschen halten sich mit ihren Kindern vor allem in ihren Wohnungen auf. Kinderspielplätze sind verwaist. Schulen und Kindergärten sind seit Februar geschlossen. Fast täglich sterben Menschen an den anfliegenden ukrainischen Geschossen oder kleinen „Lepestok“-Minen, die auf Wegen verstreut herumliegen und die in ihrem hellen Grün wie Herbstblätter aussehen. Diese Minen, die Füße abreißen, werden mit speziellen Raketen abgeworfen. Sie landen auf Dächern, in Höfen und auf Fußwegen.

Wenn es draußen mal ruhig ist, sieht man Leute spazieren gehen. Nach zwei Wochen habe auch ich meinen ersten Spaziergang gewagt. Die gelben und orangenen Herbstbäume leuchteten einfach zu verlockend.

Ich ging am Kalmius-Fluss entlang. Der aufgestaute Fluss ist im Stadtzentrum 400 Meter breit. Der Blick aufs Wasser wirkt in der Abendsonne beruhigend. Zu beiden Seiten des Wassers gibt es Parks. Hier gehen die Leute langsamen Schrittes spazieren, allein oder in Gruppen. Sie sitzen auf Bänken, sinnieren vor sich hin, versuchen sich zu entspannen. Unterhaltungen werden leise geführt. Man braucht viel innere Disziplin, um ein Leben unter diesen Umständen zu meistern.

Quelle: [Ulrich Heyden in Globalbridge](#)

6. **Die Rolle der Medien in bewaffneten Konflikten**

Nicht zuletzt die neuste geopolitische Situation zeigt in aller Deutlichkeit, dass die Medien ihren ursprünglichen Auftrag, die interessierte Bevölkerung möglichst unabhängig und genau zu informieren, zugunsten einer machtpolitisch einseitigen «Information» verlassen haben. Recherchen vor Ort des Geschehens werden oft eingespart und durch Berichte der dominierenden westlichen Nachrichtenagenturen AFP, AP, Reuters und DPA ersetzt - oder aber sie werden mit den Mitteln des sogenannten «Parachute Journalism» zusätzlich zur einseitigen Information missbraucht. Die deutsche Journalistin Karin Leukefeld, die seit vielen Jahren im Nahen und Mittleren Osten im Einsatz ist - und auch dort lebt! -, beschreibt hier, wie die neue Informationstechnologie und der Druck der Aktualität die Medienlandschaft

verändert hat - vor allem zum Negativen.

Quelle: [Globalbridge](#)

7. **In der Strombäckerei - wie die Merit-Order entsteht**

Wasser kommt aus dem Hahn, Wärme aus der Heizung und Strom aus der Steckdose. An dieser Gewissheit endete bis vor kurzem das Interesse der meisten Deutschen an ihrer Energieversorgung. Seit der Energiekrise und Preisexplosion hat sich das jedoch geändert. In diesem Jahr sind Energiedebatten in den Fokus des öffentlichen Diskurses gerückt. Der Blick auf die Strommärkte hinterlässt viele Menschen allerdings ratlos: Wie kann es sein, dass das teuerste Kraftwerk den Strompreis bestimmt? Müsste nicht der billigste Anbieter den Preis bestimmen? Ist das eine politische Vorgabe? Wer hat sich das ausgedacht? Was macht den Strommarkt so besonders? Die überraschende Antwort: wahrscheinlich ist der Strommarkt derjenige Markt, der den klassischen Modellen aus dem Lehrbuch am meisten ähnelt. Dieser Artikel soll die Grundlagen verdeutlichen, indem wir uns Strom als ein alltägliches Gut mit einem vertrauten Markt vorstellen: als Brot.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

8. **Streikende in Frankreich: Kein Vertrauen in Emmanuel Macron**

Explosives Gemisch: Die Protestwelle in Frankreich quittiert nicht nur Inflation und Sozialabbau, sondern auch den unglaublichen Hochmut der Politik. Millionen Streikende begehren auf

Emmanuel Macron erschien im Rollkragenpulli, Wirtschaftsminister Bruno Le Maire imitierte ihn, gar hochgeschlossen-wattiert trat Premierministerin Elisabeth Borne vor die Presse. Modische Statements als Ersatz- Politik. Wegen Wladimir Putin müssen wir alle Strom und Gas sparen, lautet die Botschaft. Die Zeiten des Überflusses seien vorbei, nun gelte: Frieren für die Republik. Klar sorgt die wollene Inszenierung für einige Sarkasmen. Welcher Überfluss ist gemeint? Schon im Winter 2021 konnten sich zwölf Millionen Franzosen keine ausreichende Heizung mehr leisten, gut sieben Millionen aßen in Suppenküchen.

Gehen neoliberale Eliten wie Frankreichs Regierende und Reiche in Klausur, um eine Gesellschaftskrise zu bewältigen, scheint ihnen jedes Maß für die Lage der Regierten, deren Bedürfnisse und Befindlichkeiten abhanden gekommen. Da versagen auch die Frühwarnsysteme des Nachrichtendienstes.

Quelle: [der Freitag](#)

9. **Die Linken und Die Linke**

Bei den vielen Problemen, die der Kapitalismus verschärft, wäre eine kritische Partei im Bundestag extrem wichtig. Doch Die Linke steckt in einer tiefen Krise. Unser Autor rät der Partei, sich wieder auf die Rolle einer radikalen Opposition zu besinnen. [...] Die Linke ist in vier Bundesländern Teil von Landesregierungen; in Thüringen stellt sie

sogar den Ministerpräsidenten. Es ist dabei kaum auszumachen, dass sie als Regierungspartei in diesen Ländern eine andere Politik als CDU/CSU, SPD oder Grüne betreiben würde. Man verwaltet gemeinsam die kapitalistische Misere, verteidigt die Schuldenbremse und organisiert die Abschiebung von Geflüchteten. Im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 erklärte das Führungspersonal von Die Linke seine Bereitschaft, gemeinsam mit SPD und Grünen eine Bundesregierung bilden zu wollen - ohne erkennbare Vorbedingungen. Damit war insbesondere klar, dass Die Linke als potentielle Regierungspartei Bundeswehreinätze im Ausland mittragen und schon gar keinen Austritt aus der Nato fordern würde. Genau diese erneute Aufweichung der strikten Antikriegsposition erleben wir seit Beginn des russischen Ukrainekriegs. Gysi und Bartsch unterstützen in diesen Tagen offen die weitere Nato-Osterweiterung um Finnland und Schweden und überholen dabei Papst Franziskus rechts.

Quelle: [Winfried Wolf auf Kontext: Wochenzeitung](#)

10. **Stiftung Warentest: Diese FFP2-Masken sind empfehlenswert**

FFP2-Masken müssen gut sitzen und Viren filtern, damit sie schützen. Die Stiftung Warentest hat nun einige Modelle geprüft. Und kommt zu einem vernichtenden Urteil. Eine FFP2-Maske kann ihren Träger vor einer Infektion mit dem Coronavirus schützen - wenn sie gut ist. Doch welche Modelle sind geeignet? Die Stiftung Warentest hat zum dritten Mal Masken darauf getestet, ob sie Aerosolpartikel gut filtern, eng am Gesicht anliegen und ob man mit ihnen gut atmen kann.

Die Ergebnisse sind ernüchternd: Empfehlen können die Warentester nur wenige der zwölf getesteten Exemplare (»test«-Ausgabe 11/2022).

Getestet wurden erstmals auch drei wiederverwendbare FFP2-Masken. Sie erkennt man an der Kennzeichnung mit einem »R«, das für »reusable« steht. Je nach Angabe des jeweiligen Herstellers können die Masken 20- oder sogar 50-mal gewaschen werden, ehe sie in den Müll müssen.

Allerdings ist keine der nachhaltigen Alternativen laut Stiftung Warentest empfehlenswert. Zwei Modelle schnitten in Sachen Atemkomfort so schlecht ab, dass Eigenschaften wie Passform oder Filterwirkung gar nicht erst geprüft wurden.

Die dritte wiederverwendbare FFP2-Maske im Test bekam gleich für mehrere Mängel ordentlich Punktabzug: geringe Filterwirkung, schlechte Passform und starke Schadstoffbelastung der Bänder. Das bedeutete für die Tester das Urteil: durchgefallen.

Die Einwegmaske bleibt damit die bessere Wahl - zumindest, wenn man sich das richtige Modell aufsetzt.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

dazu auch: **Tanzen, bis die Maske fällt: Das Virus und die Doppelmoral der**

deutschen Politik

Was haben Deutschlands Bundespräsident, Bayerns Ministerpräsident, der Kanzler und ausgelassen feiernde Grüne gemeinsam? Wenn sie wollen, verzichten sie auf ihren Corona-Gesichtsschutz. Warum dürfen das alle anderen nicht?

Quelle: [NZZ](#)